

IN ERWARTUNG DER KRISE

Thomas Hecken



Ein oft gehörter Merksatz lautet: »It's the economy, stupid« (Bill Clinton) – politische Wahlen würden durch die ökonomische Lage entschieden, in Krisenzeiten dürfe die amtierende Regierung nicht auf eine zweite Amtszeit hoffen. So plausibel der Satz auch klingt, darf er doch keine Allgemeingültigkeit beanspruchen. Weniger höflich gesagt: Er ist offenbar falsch. Reihenweise mussten in den letzten Jahren Regierungsparteien und Amtsinhaber starke Verluste erleiden, obwohl die volkswirtschaftlichen Daten überwiegend solide oder gut ausfielen.

69

Bei Oppositionsparteien sind – gemessen am Clinton-Axiom – besonders merkwürdige Ergebnisse zu verzeichnen: Nach dem Desaster des Wirtschaftsliberalismus vor zehn Jahren, der großen Finanzkrise, konnte ausgerechnet die FDP ihr bestes Ergebnis erzielen. Für die AfD hingegen hat sich die Eurokrise nicht als das entscheidende Moment herausgestellt, für sie ist der ökonomisch vergleichsweise bedeutungslose Komplex der Migration das viel zugkräftigere Thema. Blickt man z.B. auf die Website eines der wichtigsten Organe des Wirtschaftsliberalismus, der »FAZ«, muss man annehmen, faz.net rekrutiere seine Leserschaft aus ideologisch hochgradig beseelten AfD-Wählern; in den Rubriken »meistgelesen«, »meistempfohlen«, »meistgeteilt« dominieren regelmäßig Berichte über (vermutliche) Straftaten von Männern, die einen Asylantrag gestellt haben. Wirtschaftspolitische Kommentare oder betriebswirtschaftliche Artikel findet man in den Top 3 der faz.net-Ranglisten seit Jahren so gut wie nie.

Zweifelloos wäre das anders, wenn eine große ökonomische Krise die Aufmerksamkeit weitgehend beherrschte – wahrscheinlich nicht nur deshalb, weil sich auf eine ausgeweitete Krise auch die politischen Obsessionen der meinungsfreudigen Leser und Wähler sehr gut richten lassen (>an der Krise sind nur die xyz schuld<), sondern weil sich das Gefühl der Betroffenheit auch auf anderem Wege einstellt (>die Krise droht meine persönliche Situation zu verschlechtern<). Unter den vielen Legitimationen der demokratischen Wahl ist das zwar nicht die in Festreden, politischen Theorien und Schulbüchern an erster Stelle genannte, aber immerhin eine nicht völlig diskreditierte Begründung: Zu den Vorteilen der Demokratie zähle, dass die Bürger aufgrund ihrer eigenen Interessen und Lagebeurteilungen jene Repräsentanten und Parteiprogramme wählen können, von denen sie sich eine Verbesserung ihrer persönlichen Situation versprechen. Ihnen sollte diese Entscheidung überlassen bleiben, denn Bürger könnten ihre eigene Lage am besten selbst einschätzen.

Zu den Kriterien der Wahl zählt dann, welcher Partei vom Bürger zuge-
traut wird, die Krise am besten zu überwinden. Wenn man das Eigeninteresse nicht vollkommen zugunsten des >Allgemeinwohls< zurückstellt, zählt zu solchen Kriterien ebenfalls: Welche Partei oder welcher Politiker unterstützt mich in der Krise am besten, emotional oder finanziell? Eine perfekte Verbindung von unterstelltem Allgemeinwohl und egoistischer Ausrichtung findet statt, wenn als Wahlkriterium die Überlegung dient, von wem erwartet wird, eine Krise erst gar nicht aufkommen zu lassen.

76

Das letzte Kriterium übersteigt die beiden vorherigen insofern, als es jederzeit Bedeutung besitzt. Auch oder gerade in Boom-Zeiten treibt es den besorgten Bürger um. Popularität kann es erlangen, weil es erlaubt, angenommene Defizite nicht nur als moralisch oder politisch abträglich zu brandmarken, sondern als Grund kommender volkswirtschaftlicher Verwerfungen auszugeben. Es geht einem dann nicht nur um politische Veränderungsvorschläge, sondern vorgeblich um die materielle Situation aller. Die Anhänger einer Expansion oder qualitativen Steigerung des staatlichen Bildungswesens sind sich z.B. sicher, mit ihrer Forderung nicht nur zum Guten und Wahren beizutragen, sondern auch den >Wirtschaftsstandort Deutschland zukunftssicher zu machen<.

Wer derart überzeugt ist, allseitig das Positive zu befördern, lässt sich auch nicht beirren, wenn es in der Gegenwart noch gar nicht krisenhaft zugeht. Dass bisher z.B. große Klassen, mittelmäßige Ergebnisse in internationalen PISA-Tests und Hochschulrankings, ältliche Schulbauten etc. mit den immensen Exportquoten deutscher Industrie einhergehen, hält sie keineswegs davon ab, mehr >Exzellenz-Unis<, neue pädagogische Methoden, Infrastrukturprogramme aller Art zu fordern. Die Gegenwart ist nur Schein, die kommende Krise hingegen sicher. Zur vollkommenen Sicherheit der Diagnose trägt bei, dass sich die Krise erst in der Zukunft abspielen wird. Die Größe der erwarteten Krise entspricht der Gewissheit ihrer Prognostiker.

Anhalt gewinnen sie durch den historischen Krisenzyklus. Einen Fortgang der kapitalistischen Wirtschaft ohne einigermaßen regelmäßig auftretende Krisen hat es bislang nicht gegeben. Wer vor einer Krise warnt, darf darum tatsächlich sehr sicher sein, dass er recht behalten wird. Die Richtigkeit seiner Vorschläge zur Vermeidung der Krise ist deshalb aber gerade nicht gegeben. Der unablässige Rhythmus der wiederkehrenden Krise setzt besondere Vorschläge, wie sie zu vermeiden sei, ins Unrecht.

Deshalb gehört es zur Grundvoraussetzung populärer Kommunikation, die Besonderheit der kommenden Krise zu behaupten. Um gegen eine eminent große, drohende Krise anzugehen, sind besondere Anstrengungen und Methoden geboten. Die Dramatik der Warnungen, die Dringlichkeit der Verbesserungsvorschläge ist dann bloß der Reflex zukünftiger dramatischer Entwicklungen. Die gegenwärtige Dramatisierung soll die bald hereinbrechende Tragödie unschädlich machen. Am vernünftigsten sind die Warnungen und Reformvorhaben natürlich, wenn es darum geht, eine finale Krise zu verhindern. Wird vorhergesagt, dass der Krisenzyklus bald an sein katastrophales Ende gelange, ist es sinnvoll, so zu tun, als könne man der kommenden Krise entgehen.

Es gibt aber einen zweiten Grund, weshalb gegenwärtig, in einer Zeit stetigen Wachstums, die Krisenprognostik besonders in den konservativ-liberalen Medien stark ausgeprägt ist. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk wie Print- >Leitmedien< haben in wirtschaftsliberalem Überschwang die Finanzkrise vor zehn Jahren in keiner Weise vorhergesehen. Das Ende der Geschichte lief bei ihnen auf das Ende internationaler Krisen hinaus. Wirtschaftskrisen schienen ihnen nur unvermeidlich bei Staaten, die sich der Liberalisierung widersetzen. Daraus haben sie ihre Lehre gezogen. Sie besteht nicht in einer Änderung ihrer politökonomischen Ausrichtung, sondern in der Ausweitung und stetigen Wiederholung von groß angelegten Krisenprognosen. Zur Wiederherstellung der Berufsehre tritt hier die altbekannte journalistische Überzeugung hinzu, nach der nur das Ungewöhnliche, das Extreme Aufmerksamkeit erzeugt. Zusammen ergibt das Berichte und Kommentare, die nun fast beliebig, bei jedem relativ geringen Rückgang der Börsenkurse, bei jedem Anstieg nationaler Schulden, bei jedem Rekord metropolitaner Immobilienpreise, abgerufen werden können und über eine mittlere Popularität verfügen.

In Aussicht stellen diese Beiträge nicht länger eine (problembehaftete) Umschichtung und Verlängerung der Schuldtitel und Zinszahlungen, sondern den endgültigen Zusammenbruch, die finale Wirtschaftskrise. Was zuvor das Vorrecht linker, besonders trotzkistischer Gruppierungen war, ist heute Allgemeingut der >Leitmedien< für Führungskräfte und ihren Nachwuchs. Im Unterschied zu den antikapitalistischen Akteuren sind ihre Krisenprognosen aber nicht Ausdruck freudiger Erwartung, auch kommen sie ohne jeden Vorschlag für tiefgreifende Änderungen aus. Höchstens fällt ihnen ein, in Kommentaren nationaler Regierungen oder Finanzorganisationen rhetorisch in die Pflicht zu nehmen.

Deshalb ist es kein Wunder, dass der deutsche Wähler solche ›Krisenhilfe‹ von seinen großen Parteien nicht vordringlich erwartet. Die Idee, die angekündigte große Schuldenkrise liege in erster Linie am Gebaren griechischer oder italienischer Institutionen, ist selbst vielen Liberalkonservativen schwer zu vermitteln. Ein anderer wichtiger Grund für die eigentümliche Diskrepanz zwischen der Bereitschaft, die ausgemalten Krisenszenarien zu glauben, und dem Gleichmut, mit dem diese Prognosen oft hingenommen werden, liegt ganz woanders. Zum einen ist der Anstieg des Reallohns (und mit ihm der Renten) in den letzten zwei Jahrzehnten mäßig ausgefallen, ein krisenhafter Rückgang träge deshalb auf eine gewisse Routine, von Gehaltsrunden kaum etwas zu erwarten; zum anderen sind die Unterschiede zwischen Arbeitnehmertätigkeit und Arbeitslosigkeit für Leute, die mit einem ›Mindestlohn‹ ihr Leben bestreiten müssen, vorwiegend sozialpsychologischer, nicht materieller Art.

Folglich schreckt die Ankündigung der Krise aktuell besonders jene, die über Vermögen verfügen. Sie würde die Krise zwar nicht unbedingt existenziell treffen, aber doch in jenem Reich, das sich zwischen greifbaren Dingen und purem Traum aufspannt: Der Depotwert vieler Aktien, Derivate, Anleihen würde sich halbieren oder vierteln, die Immobilien, Gemälde, Weine, Boote, Autos verlören beachtlich an Wiederverkaufswert. Deshalb ist es nur konsequent, dass die großen Krisenprognosen der Gegenwart nicht von sozial- und christdemokratischen Parteien oder von Boulevardmedien stammen, sondern vor allem in Medien wie der »FAZ« oder der »New York Times« stehen; sie erreichen damit eine interessierte und betroffene Leserschaft. Selbst bei der Erwartung der großen ökonomischen Krise wird die populäre Imagination heute nicht von Arbeitern und kleinbürgerlichen Angestellten, sondern von Wohlhabenden und Reichen bestimmt. ◆